

1584



11. Hannover ist weltoffen und bunt

Für ein offenes Miteinander und mehr Toleranz

1585 1586 1587

1588

1589

1590

1591

1592

1593

1594

1595

Hannover ist eine weltoffene Stadt, die eine vielfältige Kulturlandschaft beheimatet. Wir sind überzeugt: Diversität, ein offenes Miteinander und eine echte Willkommenskultur sind unverzichtbare Säulen einer Gesellschaft! In der Vergangenheit konnten wir wichtige Projekte zur Integrationsförderung bereits umsetzen, darunter die Entwicklung des Lokalen Integrationsplans (LIP), die Veranstaltung von "Runden Tischen" zu verschiedenen Themen oder der Ausbau des Dolmetscher*innen-Pools, beispielsweise in der Ausländer*innen-Behörde. Für eine erfolgreiche Integrationspolitik wollen wir als SPD darüber hinaus an einer Weiterentwicklung der Strukturen in der Verwaltungs-, Bildungszivilgesellschaftlichen Landschaft arbeiten. Damit Integration in der Zukunft noch besser

gelingt, setzen wir uns als SPD für die Schaffung der Stelle eines*einer

1596 1597

1598 Integrationsbeauftragten ein.

1599

1600

1601

Unsere Vorhaben für ein diverses, inklusives und integratives Hannover

1602

1603

1604

1605

1606

1607

1608

1609

1610

1611

1612

1613

• Wir fördern Präventionsmaßnahmen. Für die SPD ist klar: Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Diskriminierungsformen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft! Das wirksamste Gegenmittel ist Bildung und Aufklärung. Daher werden wir uns als SPD für den Ausbau und die Stärkung von bundesweiten Projekten wie "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" durch die Stadt und weiterer Institutionen zum Umgang mit und Kampf gegen Diskriminierung einsetzen. Zudem wollen wir zur Unterstützung und Stärkung der Ordnungsbehörden durch Fortbildungen und Präventionstraining wie interkulturelle Kompetenztrainings beitragen. Jedes Jahr soll die Stadtverwaltung des Weiteren statistische Fallzahlen zu Diskriminierungs- und Rassismus-Vorfällen sowie Opferzahlen vorlegen, um daraus notwendige Maßnahmen ableiten und umsetzen zu können.

• Antidiskriminierungsvereinbarung und klares Signal gegen Antisemitismus. Wir setzen uns für eine Antidiskriminierungsvereinbarung mit den öffentlichen Einrichtungen und der Stadt Hannover als deutliches Zeichen gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus und jedwede Art der Diskriminierung ein. Die Antidiskriminierungsvereinbarung könnte im Anschluss auf weitere Einrichtungen ausgeweitet werden. Der Schutz jüdischen Lebens in Hannover ist uns selbstverständlich, denn unsere Politik ist klar verbunden mit einer kompromisslosen, zivilgesellschaftlichen Haltung gegen Antisemitismus.

- Begegnungen innerhalb der Schulen ausbauen. Antidiskriminierende Bildung ist durch persönliche Erfahrung besonders prägend. In Schulen wollen wir erreichen, neben dem interkulturellen auch ein interreligiöses Kompetenztraining zu etabliert. Ferner sollen Städtepartnerschaften intensiviert und (Schüler*innen-)Austausche besser gepflegt werden. Darüber hinaus sollte es vermehrt Bildungsangebote direkt in den Unterkünften für Geflüchtete mit Initiativen in Hannover geben, die Demokratisierung, Geschlechtergerechtigkeit und Anti-Rassismus fördern.
- Wir setzen uns ein für mehr städtische Beschäftigte mit Migrationsbiografie. Rund 40
 Prozent aller in Hannover lebenden Menschen haben eine Migrationsgeschichte.
 Dennoch liegt ihr Anteil an den Beschäftigten der Verwaltung lediglich bei 15 Prozent.
 Daher wollen wir uns als SPD den Anteil von Menschen mit einer Migrationsbiografie deutlich steigern, vor allem in höheren und höchsten Verwaltungsberufen.
- Wir machen Hannover weltoffener und vielfältiger. Integration betrifft als Querschnittsthema alle Bereiche unseres Zusammenlebens. Jede*r Einwohner*in Hannovers soll die gleichen Chancen auf Teilhabe erhalten sei es im Arbeitsleben, in der Bildung oder in der Freizeit. Wir werden weiterhin alles dafür tun, um bestehende Barrieren abzubauen, z. B. durch die Förderung interkultureller Sport- oder Kulturveranstaltungen. Wir wünschen uns zudem mehr fremdsprachige Informationen (in leichter Sprache) in Form von Flyern und online, damit alle Hannoveraner*innen Zugriff auf wichtige Services der Stadtverwaltung erhalten und diese für sich nutzen können.

• Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen eine sichere Zukunft in unserer Stadt haben. Wir setzen uns für die Bereitstellung ausreichender Schulplätze, Sprachlernklassen, Sprachkurse und beruflicher Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten ein und unterstützen die Menschen durch längerfristige begleitende Beratungsangebote auf ihrem Weg in eine sichere Zukunft. Wir sorgen im Rahmen kommunaler Möglichkeiten dafür, dass die Ausländerbehörde die Menschen systematisch zur Aufenthaltssicherung berät und bei der Erlangung eines sicheren Aufenthaltsstatus im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unterstützt.

• Wir werden die Integrationsbeiräte weiterentwickeln. Die Integrationsbeiräte leisten in den Stadtbezirken eine wichtige und unverzichtbare Integrationsarbeit. Im Fokus steht die Stärkung der Zusammenarbeit vieler örtliche Akteur*innen. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung der Mittel für die Integrationsbeiräte ein.

• Wir treiben die Integrationspolitik in der Verwaltung voran. Damit die Stadt weiterhin ihre Integrationspolitik erfolgreich umsetzt, müssen Personen die Schnittstelle zwischen der Verwaltung, der Stadtgesellschaft und den Migrantenselbstorganisationen bilden. Wir wollen daher erreichen, dass die Integrationspolitik und die Integrationsarbeit sichtbarer gemacht werden und eine herausgehobene Stelle in der Stadtverwaltung diesbezüglich geschaffen wird (z. B. eine Integrationsbeauftragte*n).

 Wir richten einen Wirtschaftsfonds zur Arbeitsmarktintegration ein. Wir möchten die Arbeitsmarktintegration und die Kompetenzförderungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und körperlich beeinträchtigten Personen in allen Bereichen aktiv voranbringen und insbesondere Frauen mit Migrationsgeschichte und Handicap in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Daher setzen wir uns für einen Wirtschaftsfonds ein, aus dem zielgerichtete Projekte der Arbeitsmarktintegration finanziert werden können.

 Wir stehen für eine diskriminierungsfreie Sprache. Sprache gestaltet unsere Gesellschaft. Die Sprache prägt uns Menschen und unsere Zukunft. Häufig werden Menschen mit Migrationsgeschichte in der Sprache diskriminiert. Daher fordern wir eine Kampagne für diskriminierungsfreie Sprache. • Wir fördern Teilhabe. Teilhabeangebote, die aufgrund der Pandemie wegfallen, sollten vermehrt ersetzt werden. Dabei setzen wir verstärkt auf die Jugend und die Senior*innen. Die Jugend ist unsere Zukunft! Daher machen wir uns für die Implementierung eines Jugendhilfeplans für die Jugendarbeit stark. Zudem wollen wir als SPD auf das Land einwirken, damit Nicht-EU-Bürger*innen, die seit mehr als acht Jahren in den Kommunen leben, das Wahlrecht erhalten. Für Senior*innen mit Migrationsgeschichte wollen wir mehr Begegnungsorte schaffen, an denen sie sich wohlfühlen.

 Mehr Zeit in Prüfungen. Auszubildene mit Flucht- oder Migrationshintergrund sollte mehr Zeit in Prüfungen ermöglicht werden. Denn bei Zweidrittel scheitert der erfolgreiche Abschluss an Sprachschwierigkeiten.